



Pullgas - Allgemeine Bedingungen für die Belieferung mit Erdgas

(im Folgenden kurz „Allgemeine Lieferbedingungen“ genannt) an Kunden
der Stadtwerke Klagenfurt AG (im Folgenden kurz „Lieferant“ genannt)

01. März 2023

1. Gegenstand des Vertrages

- 1.1. Gegenstand des Erdgaslieferungsvertrages (im Folgenden kurz „Vertrag“ genannt) ist die Belieferung des Kunden mit Erdgas durch den Lieferanten für seine im Vertrag angeführte(n) Kundenanlage(n) zur Deckung seines Eigenbedarfs.
- 1.2. Sofern der Kunde seinen Gasbedarf durch eine Eigenanlage zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen (z. B. Biogas) decken will, hat er vor Errichtung einer solchen Anlage den Lieferanten darüber zu informieren.
- 1.3. Die Allgemeinen Lieferbedingungen sind für Kunden gültig, deren Anlagen sich in Österreich befinden und deren Gesamtjahresverbrauch 400.000 kWh nicht überschreitet und die nicht mit einem Lastprofilzähler gemessen werden.

2. Vertragsabschluss

- 2.1. Dem Kunden wird ein gesondertes Portal auf der Webseite www.pullgas.at zur Abwicklung des Gaslieferungsvertrages zur Verfügung gestellt. Dies ermöglicht dem Kunden die Erstellung eines rechtsverbindlichen Vertragsangebots sowie die Online Verwaltung seines Vertragskontos. Für die Nutzung des Online-Portals von Pullgas (www.pullgas.at) gelten neben diesen AGB die jeweils anwendbaren und veröffentlichten Nutzungsbedingungen.
- 2.2. Der Kunde gibt zunächst wahrheitsgemäß seine für den Vertrag notwendigen, korrekten Daten im Internetformular von Pullgas ein. Er erhält sodann ein vom Lieferanten zum Download bereitgestelltes Dokument, mit dem seine Daten zur Kontrolle durch den Kunden verifiziert werden und womit noch kein Vertragsverhältnis begründet wird. Der Kunde bestätigt nach Kenntnisnahme sämtlicher Vertragsbedingungen sein Angebot durch anschließendes Anklicken eines entsprechenden Feldes per Mausclick. Der Lieferant kann sodann per E-Mail die Annahme des Vertrags binnen drei Wochen nach Übermittlung des Angebots durch den Kunden erklären. Ohne eine Annahme des Lieferanten kommt der Vertrag nicht zustande. Der Vertrag kommt auch dadurch zustande, indem der Kunde Erdgas zu den vom Lieferanten angebotenen Preisen und Bedingungen bezieht und für diese Erdgaslieferung mindestens eine Zahlung leistet (wobei auch die Erteilung der SEPA-Lastschrift als Zustimmung gilt). Der Lieferant ist bis zur Aufnahme der Lieferung berechtigt, die Bonität des Kunden zu prüfen und kann auch ohne Angabe von Gründen die Annahme des Angebots bis zur Aufnahme der Belieferung ablehnen.

3. Art und Umfang der Belieferung mit Erdgas, Haftung und Schadenersatz

- 3.1. Der Lieferant liefert dem Kunden auf Dauer des Vertrages Erdgas im vertraglich vereinbarten Umfang. Sofern im Vertrag nichts anderes vereinbart wurde, erfolgt die Lieferung nach den Marktregeln zum frühestmöglichen Zeitpunkt.
- 3.2. Sollte der Lieferant durch Fälle höherer Gewalt oder durch sonstige Umstände, die abzuwenden er nicht in der Lage ist, am Bezug oder an der Lieferung mit Erdgas ganz oder teilweise verhindert sein, so ruht die Verpflichtung des Lieferanten zur Lieferung, bis die Hindernisse oder Störungen und deren Folgen beseitigt sind. Für die Dauer des Entfalls der Lieferung trifft den Kunden auch keine Entgeltspflicht und er hat das Recht unter Beachtung der Vorgaben von § 918 ABGB vom Vertrag zurückzutreten. Der Lieferant wird die Einstellung der Lieferung den betroffenen Netzbetreibern mitteilen.
- 3.3. Der Lieferant haftet für Schäden, die der Lieferant oder eine Person, für welche der Lieferant einzustehen hat, vorsätzlich oder grob fahrlässig verschuldet hat. Bei Schäden aus der Tötung oder Verletzung einer Person besteht die Haftung bereits bei leichter Fahrlässigkeit. Die Haftung gegenüber Unternehmen i. S. des Konsumentenschutzgesetzes für Folgeschäden, entgangenem Gewinn und für Schäden aus Ansprüchen Dritter gegen den Kunden ist ausgeschlossen.

4. Preise, Änderungen der Allgemeinen Lieferbedingungen, Preisänderungen

- 4.1. Das Entgelt für die Lieferung mit Erdgas an Kunden des Lieferanten sowie alle damit im Zusammenhang stehenden Entgelte bestimmen sich nach den mit den einzelnen Kunden jeweils vereinbarten Preisen des Lieferanten, die sich aus dem Produkt- und Preisblatt des Lieferanten ergeben, das dem Kunden bei Abschluss des Vertrages zur Kenntnis gebracht bzw. ausgehändigt wird. Das Produkt- und Preisblatt ist wie die Allgemeinen Lieferbedingungen auf der Homepage des Lieferanten (www.pullgas.at) abrufbar.
- 4.2. Grundlage der vereinbarten Entgelten für die Energielieferung bilden die vom Kunden bei Vertragsabschluss angegebenen Umstände und Verhältnissen (z.B. Jahresverbrauchsmenge oder Energieverbrauch nur zu bestimmten Zeiten) sowie die im Produkt- und Preisblatt angeführten Voraussetzungen des vom Kunden gewählten Produktes (z.B. Produkt für Haushalt oder Gewerbe). Für die Belieferung hat der Kunde die Voraussetzungen gemäß dem vereinbarten Produkt- und Preisblatt zu erfüllen. Sollte sich ergeben, dass die angegebenen Umstände und Verhältnissen unrichtig waren, sich diese nachträglich wesentlich ändern oder die Voraussetzungen nicht erfüllt werden, ist der Lieferant berechtigt, die Energiepreise bei Kunden, die keine Verbraucher im Sinne des KSchG sind, der Höhe nach an die geänderten Umstände und Verhältnissen anzupassen.
- 4.3. Sofern die bei Vertragsabschluss jeweils aktuellen, unmittelbar oder mittelbar mit der Erdgaslieferung zusammenhängenden und auf Basis von Gesetz, Verordnung bzw. hoheitlichen Verfügungen eingehobenen Steuern, Abgaben, Beträgen oder Kosten durch Gesetz, Verordnung bzw. hoheitliche Verfügung geändert werden, so erfolgt eine entsprechende Weitergabe dieser Änderung an den Kunden im entsprechenden Ausmaß. Selbiges gilt bei einer Neueinführung von unmittelbar oder mittelbar mit der Erdgaslieferung zusammenhängenden Steuern, Abgaben, Beiträgen oder Kosten, die sich aus gesetzlichen oder sonstigen hoheitlichen Verfügungen ergeben. Sollte das exakte Ausmaß der Weiterverrechnung nicht ohnedies vorgegeben sein, erfolgt eine Weiterverrechnung durch Umlegung der gesamten, dem Lieferanten dadurch entstandenen Kosten an alle Kunden gleichermaßen, zB in Form eines Zuschlags in Cent/kWh auf den Arbeitspreis. Diese Änderungen werden dem Kunden durch ein individuell adressiertes Schreiben mitgeteilt. Sofern



eine gültige Zustimmung des Kunden zur elektronischen Kommunikation mit dem Lieferanten vorliegt, kann diese Mitteilung auch per E-Mail an die zuletzt bekannt gegebene E-Mail-Adresse des Kunden erfolgen. Sinken die Kosten für die oben angeführten Faktoren, so ist der Lieferant gegenüber Kunden, die Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes sind, zu einer Senkung des Preises verpflichtet.

- 4.4. Gegenüber Unternehmern im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes ist der Lieferant darüber hinaus jedenfalls berechtigt, auch bei nicht gesetzlich oder sonst hoheitlich bedingten Änderungen (z.B. Lohnkosten durch Kollektivvertragsänderungen, Anstieg der Erdgasbeschaffungskosten), welche die Lieferung von Erdgas betreffen, die Preise bei Bedarf nach billigem Ermessen anzupassen. Dies gilt ebenso bei Änderungen der vom Kunden zu Vertragsbeginn bekanntgegebenen Umstände, wobei hier eine Änderung sowohl des Arbeits- als auch des Grundpreises erfolgen kann.

Änderung Grundpreis

- 4.5. Der vereinbarte Grundpreis unterliegt einer indexbasierten Wertsicherung. Dazu wird der von Statistik Austria verlaubliche österreichische Verbraucherpreisindex 2015 („VPI 2015“, Basis 2015) oder ein an seine Stelle tretender Index herangezogen. Der Grundpreis wird in jenem Verhältnis angepasst, in dem sich der Index-Vergleichswert (4.4.3.) gegenüber dem Index-Ausgangswert (Punkt 4.4.1) erhöht oder gesenkt hat (kaufmännisch gerundet auf zwei Kommastellen). Schwankungen nach oben oder unten bis einschließlich 2 % bleiben unberücksichtigt. Sobald jedoch die Grenze von 2 % zumindest einmal über- bzw. unterschritten wurde, ist die gesamte Änderung in voller Höhe maßgeblich. Der die Grenze über- bzw. unterschreitende Jahres-VPI bildet als Index-Vergleichswert die Grundlage für eine zulässige Preiserhöhung bzw. für eine gebotene Preissenkung.

Wird der VPI 2015 von der Statistik Österreich nicht mehr veröffentlicht, dann gilt der damit verkettete VPI der Statistik Österreich als vereinbart. Wird überhaupt kein VPI mehr veröffentlicht, dann gilt der von Gesetz wegen an seine Stelle tretende Nachfolgeindex als vereinbart.

Der VPI 2015 ist unter https://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/preise/verbraucherpreisindex_vpi_hvpi/index.html im Internet abrufbar.

4.5.1. Index-Ausgangswert ist

- für Kunden mit Vertragsabschluss bis einschließlich 31. März 2022, der Mittelwert der Monatswerte des Kalenderjahres 2021;
- für Kunden mit Vertragsabschluss ab 1. April 2022, der Mittelwert der Monatswerte des Kalenderjahres, das vor dem Kalenderjahr des Vertragsabschlusses vollendet wurde. Beispiel: Vertragsabschluss im Jahr 2023; Index Ausgangswert ist der Mittelwert der Monatswerte des Kalenderjahres 2022;
- nach einer Änderung des Grundpreises immer jener Index-Wert, welcher der tatsächlichen Preisänderung zugrunde lag. Der neue Index-Ausgangswert ergibt sich daher aus einer prozentualen Anpassung des alten Index-Ausgangswertes um jenen Prozentsatz, der exakt der tatsächlichen Preisänderung entspricht. Dies hat zur Folge, dass nach einer Erhöhung des Grundpreises, die zum Vorteil des Kunden in einem geringeren Ausmaß erfolgt als dies nach der rechnerischen Veränderung möglich wäre, sich der neue Ausgangswert aus dem Ausgangswert zuzüglich dem tatsächlichen prozentuellen Ausmaß der Preiserhöhung errechnet.

- 4.5.2. Der jeweilige Index-Vergleichswert ist der Jahres-VPI jenes Kalenderjahres, das vor dem Inkrafttreten des geänderten Grundpreises vollendet wurde (z.B. der Jahres-VPI des Kalenderjahres 2022 bei einer Preisänderung per 01. April 2023).

- 4.5.3. Änderungen des Grundpreises auf Basis von Punkt 4.6. erfolgen höchstens einmal jährlich jeweils mit 1. April jenes Kalenderjahres, welches auf das Kalenderjahr folgt, für das sich der Jahres-VPI geändert hat.

Änderung Arbeitspreis

- 4.6. Der Verbrauchspreis unterliegt einer indexbasierten Änderung. Diese erfolgt bei einer Erhöhung oder Senkung (kaufmännisch gerundet auf zwei Kommastellen) des Vergleichswertes des österreichischen Gaspreisindex („ÖGPI“) der österreichischen Energieagentur im Vergleich zum jeweils geltenden Index-Ausgangswert. Die Änderung des Verbrauchspreises erfolgt, wenn sich der Index-Vergleichswert des ÖGPI (Punkt 4.5.2.) gegenüber dem jeweils geltenden Index-Ausgangswert (Punkt 4.5.1.) um mehr als 2 Prozentpunkte erhöht oder senkt. Indexerhöhungen oder -senkungen bis 2 Prozentpunkte bleiben unberücksichtigt (der Ausgangswert bleibt diesfalls unverändert). Der ÖGPI bildet näherungsweise die Beschaffungskosten des Lieferanten nach und ist unter der Bezeichnung „ÖGPI (2019Basis 2015)“ unter <https://www.energyagency.at/fakten-service/energiepreise/gaspreisindex.html> im Internet abrufbar. Sollte der ÖGPI von der Österreichischen Energieagentur nicht mehr veröffentlicht werden, wird zwischen dem Lieferanten und dem Kunden ein neuer Index vereinbart.

4.6.1. Als Index-Ausgangswert gilt

- für Kunden mit Vertragsabschluss bis einschließlich 31. März 2022, der Mittelwert der Monatswerte des Kalenderjahres 2021;
- für Kunden mit Vertragsabschluss ab 1. April 2021, der Mittelwert der Monatswerte des Kalenderjahres, das vor dem Kalenderjahr des Vertragsabschlusses vollendet wurde. Beispiel: Vertragsabschluss im Jahr 2023; Index Ausgangswert ist der Mittelwert der Monatswerte des Kalenderjahres 2022;
- nach einer Änderung des Arbeitspreises immer jener Index-Wert, welcher der tatsächlichen Preisänderung zugrunde lag. Der neue Index-Ausgangswert ergibt sich daher aus einer prozentualen Anpassung des alten Index-Ausgangswertes um jenen Prozentsatz, der exakt der tatsächlichen Preisänderung entspricht. Dies hat zur Folge, dass nach einer Erhöhung des Arbeitspreises, die zum Vorteil des Kunden in einem geringeren Ausmaß erfolgt als dies nach der rechnerischen Veränderung möglich wäre, sich der neue Ausgangswert aus dem Ausgangswert zuzüglich dem tatsächlichen prozentuellen Ausmaß der Preiserhöhung errechnet.

- 4.6.2. Der Index-Vergleichswert ist der Mittelwert der monatlichen ÖGPI-Werte für den Zeitraum jenes Kalenderjahres, das vor dem Inkrafttreten der Preisänderung vollendet wurde. Beispiel: Preisänderung tritt mit 1. April 2023 in Kraft; Index-Vergleichswert ist der Mittelwert der monatlichen ÖGPI-Werte Jänner 2022 bis Dezember 2022.

- 4.6.3. Änderungen des Arbeitspreises auf Basis von Punkt 4.5. erfolgen höchstens einmal jährlich jeweils mit 1. April jenes Kalenderjahres, welches auf das Kalenderjahr folgt, für das sich der ÖGPI geändert hat.

- 4.7. Preiserhöhungen nach Punkt 4.4. und 4.5. sind erst nach Ablauf der Fristen für allfällige vereinbarte Preisgarantien zulässig und erfolgen gegenüber Verbrauchern im Sinne des KSchG frühestens nach Ablauf zweier Monate, gerechnet ab dem Zeitpunkt des Vertragsabschlusses.

- 4.8. Änderungen der Entgelte für die Lieferung mit Erdgas nach Punkt 4.4. und 4.5. werden dem Kunden vom Lieferanten rechtzeitig durch ein individuell adressiertes Schreiben mitgeteilt. In diesem Schreiben werden dem Kunden die Änderungen der Entgelte nachvollziehbar wiedergegeben. Insbesondere wird der Lieferant den Kunden über die Gründe der Preisänderung (Veränderungswert, neuer Index-Ausgangswert, konkrete Höhe der Preisänderung) informieren. Sofern eine gültige Zustimmung des Kunden zur elektronischen Kommunikation mit dem Lieferanten vorliegt, kann diese Mitteilung auch per E-Mail an die zuletzt bekannt gegebene E-Mail-Adresse des Kunden erfolgen.



4.9. Der Lieferant verpflichtet sich, jeden Kunden vor Vertragsabschluss bzw bei der Vereinbarung von Vertragsänderungen schriftlich oder – sofern eine gültige Zustimmung des Kunden vorliegt – elektronisch und auf der Website und auf deutliche und besondere Weise darauf hinzuweisen, dass eine – auch erhebliche – Preiserhöhung aufgrund der Anwendung von Indexausgangswerten, die möglicherweise vor dem Vertragsabschluss gelegen sind und die im Falle des ÖGPI aufgrund der Koppelung an Börsen-Großhandelspreise sehr volatil sein können, bereits nach Ablauf von vertraglichen Preisgarantien zulässig und möglich ist und daher der Preisanpassungsmechanismus nicht bloß einer Valorisierung, sondern einer echten Preisänderung dient. Der Lieferant wird die zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieser AGB bestehenden Kunden [Monat des Inkrafttretens] zusätzlich ausdrücklich auf die Änderung des Preisanpassungsmechanismus hinweisen. Bei Vertragsänderungen unter Bezugnahme auf Punkt 12. sind Kunden jedenfalls darauf hinzuweisen, dass ihnen vor In-Kraft-Treten der AGB das dort vorgesehene Widerspruchsrecht zusteht.

5. Grundversorgung

- 5.1. Verbraucher im Sinne des § 1 Abs 1 Z 2 KSchG und Kleinunternehmen, können sich gegenüber dem Lieferanten auf die Grundversorgung berufen, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen für die Grundversorgung gegeben sind. Diese Interessenten werden vom Lieferanten auf Basis der vorliegenden Allgemeinen Lieferbedingungen und nach den im GWG bzw. von der E-Control durch Verordnung festgelegten Bedingungen für die Grundversorgung beliefert. Der gemäß den gesetzlichen Vorgaben von § 124 Abs 2 GWG 2011 festgelegte Tarif für die Grundversorgung ist unter www.pullgas.at abrufbar oder kann beim Lieferanten schriftlich oder telefonisch unentgeltlich angefordert werden.
- 5.2. Bei Inanspruchnahme der Grundversorgung durch Verbraucher im Sinne des § 1 Abs 1 Z 2 KSchG gelten die Vorgaben von Punkt 9. mit folgender Einschränkung: Diesen Verbrauchern darf keine Sicherheitsleistung oder Vorauszahlung abverlangt werden, welche die Höhe einer Teilzahlung für einen Monat übersteigt. Gerät ein solcher Verbraucher während sechs Monaten nicht in weiteren Zahlungsverzug, so ist ihm die Sicherheitsleistung rückzuerstatten und von einer Vorauszahlung bzw. Sicherheitsleistung abzusehen, solange nicht erneut ein Zahlungsverzug eintritt.
- 5.3. Verpflichtet sich der Kunde in der Grundversorgung nach erneutem Zahlungsverzug unter den Voraussetzungen von § 124 GWG 2011 zu einer Vorausverrechnung mittels Prepaymentzahlung für die künftige Netznutzung und Energielieferung um einer Abschaltung zu entgehen, wird der Lieferant die für die Einrichtung der Prepaymentzahlung notwendigen Informationen dem jeweiligen Netzbetreiber zeitgerecht übermitteln. Eine im Rahmen der Grundversorgung eingerichtete Prepaymentfunktion ist auf Wunsch des Kunden durch den Netzbetreiber zu deaktivieren, wenn der Kunde seine im Rahmen der Grundversorgung angefallenen Zahlungsrückstände beim Lieferanten und dem Netzbetreiber beglichen hat oder wenn ein sonstiges schuldbefreiendes Ereignis eingetreten ist.
- 5.4. Im Rahmen der Prepaymentfunktion können auf Kundenwunsch die in der Grundversorgung angefallenen Zahlungsrückstände über einen Zeitraum von sechs Monaten über die Prepaymentfunktion bezahlt werden. Auf Wunsch des Kunden können die Rückstände auch über einen kürzeren Zeitraum bezahlt werden.

6. Fehler bei der Verrechnung des Erdgasverbrauches

- 6.1. Werden Fehler in der Ermittlung des Energiebezugs bzw. des Rechnungsbetrages festgestellt, so wird der zu viel oder zu wenig verrechnete Betrag für die Dauer des vorausgehenden Ableszeitraumes richtig gestellt. Darüber hinaus nur, soweit die Auswirkung des Fehlers mit Gewissheit über einen längeren Zeitraum festgestellt werden kann. Keinesfalls erfolgt eine Berichtigung über drei Jahre hinaus.

7. Verrechnung, Abrechnung, Teilzahlungen

- 7.1. Die Abrechnung des vom Lieferanten gelieferten Erdgases erfolgt auf Basis der vom Netzbetreiber übermittelten Daten und wird dem Kunden in der Regel jährlich vorgelegt. Der Lieferant kann andere Zeitabschnitte wählen. Sie wird jedenfalls zumindest zehn Mal jährlich Teilzahlungsbeträge zu festgelegten Fälligkeiten anbieten. Nach Vorliegen des Jahresverbrauches wird eine Jahresabschlussrechnung gelegt, in der die bereits entrichteten Teilbeträge berücksichtigt werden. Eine Zinsverrechnung für daraus resultierende Gut-/Lastschriften wird beiderseits nicht beansprucht.
- 7.2. Teilbeträge für die Energielieferung sind auf sachliche und angemessene Weise auf Basis des Letztjahresverbrauches zu berechnen. Liegt kein Jahresverbrauch vor, so sind die Teilbeträge auf Basis des zu erwartenden Gasverbrauches, aufgrund der Schätzung des Verbrauchs vergleichbarer Kunden, zu berechnen. Die der Teilbetragsberechnung zugrundeliegende Menge in kWh ist dem Kunden schriftlich oder auf dessen Wunsch elektronisch mitzuteilen.
- 7.3. Ändern sich innerhalb des Abrechnungszeitraumes die Preise, so wird der für die neuen Preise maßgebliche Verbrauch zeitanteilig berechnet, wenn keine abgelesenen Messergebnisse vorliegen. Die folgenden Teilzahlungen können im Ausmaß der Preisänderung angepasst werden.
- 7.4. Einsprüche gegen die Rechnungen haben innerhalb von drei Monaten nach Erhalt zu erfolgen. Auf die Bedeutung einer nicht rechtzeitigen Erhebung von Einsprüchen sowie die damit verbundenen Rechtsfolgen wird der Lieferant den Kunden in der Rechnung ausdrücklich hinweisen. Einsprüche gegen die Rechnung berechtigen nicht zu Zahlungsaufschub oder Zahlungsverweigerung hinsichtlich unstrittiger Teile der Rechnungssumme.
- 7.5. Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes sind nur dann berechtigt, ihre Verbindlichkeiten gegenüber dem Lieferanten durch Aufrechnung von ihr zustehenden Forderungen zu erfüllen, wenn der Lieferant zahlungsunfähig ist, oder die Forderung des Kunden in rechtlichem Zusammenhang mit seiner Verbindlichkeit steht, oder die Forderung des Kunden gerichtlich festgestellt oder vom Lieferanten anerkannt ist. Das Recht zur Aufrechnung eines Kunden, der Unternehmer ist, wird auch für diese Fälle ausgeschlossen.

8. Zahlung, Verzug, Mahnung

- 8.1. Die Teilzahlungen sind bis jeweils 7. d. M., Rechnungen binnen 14 Tagen ab Postaufgabe- bzw. ab Versanddatum (elektronische Datenübertragung, Fax etc.) ohne Abzug zur Zahlung fällig, soweit nichts anderes vereinbart wird. Für Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes ist für den Beginn der Zahlungsfrist der Zugang der Rechnung maßgeblich. Allfällige vom Zahlungsdienstleister für diese Zahlungen verrechnete Entgelte gehen zu Lasten des Kunden.
- 8.2. Der Kunde erklärt sich ausdrücklich damit einverstanden, dass die Zahlung ausschließlich mittels Bankeinzugermächtigung (SEPA Lastschriftmandat) erfolgt. Hat der Kunde für die ihn aus dem Vertrag treffenden Zahlungsverpflichtungen eine Bankeinzugermächtigung erteilt, so stellt er sicher, dass die für einen reibungslosen Bankeinzug notwendige Deckung auf dem Konto vorhanden ist. Im Falle von Rückbuchungen haftet der Kunde im Verschuldensfalle für sämtliche daraus resultierende Schäden. Kosten für Überweisungen (z.B. Spesen der Bank des Kunden) gehen zu Lasten des Kunden.



- 8.3. Bei verspätetem Zahlungseingang ist der Lieferant berechtigt bei Konsumenten im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes ab dem Zeitpunkt der Fälligkeit Verzugszinsen bis zu vier Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz der Österreichischen Nationalbank in Rechnung zu stellen. Gegenüber Unternehmern kommen in diesem Fall die gesetzlichen Regelungen über die Verrechnung von Verzugszinsen zur Anwendung.
- 8.4. Der Lieferant ist zudem berechtigt, dem Kunden die Kosten für von ihm verschuldete Aufwendungen für Bankrücklauf, Mahnungen, Inkasso bzw. Inkassoversuche durch einen Beauftragten des Lieferanten zu verrechnen, soweit sie zur zweckentsprechenden Einbringung notwendig sind, den Kunden ein Verschulden trifft und die Kosten in einem angemessenen Verhältnis zur betriebenen Forderung stehen. Unter diesen Voraussetzungen hat der Kunde dem Lieferanten auch die Mehrkosten für Aufwendungen abzugelten, die dem Lieferanten durch eine vom Kunden verschuldete nicht korrekte Inanspruchnahme von Zahlscheinen und Überweisungsaufträgen im Zuge des elektronischen Bankverkehrs entstehen. Die Höhe der Entgelte für Bankrücklauf, Mahnung und Inkasso sowie für die nicht korrekte Inanspruchnahme der genannten Zahlungsbehalte ergibt sich aus dem jeweils mit dem Kunden vereinbarten Produkt- und Preisblatt des Lieferanten. Im Falle der Beauftragung eines Rechtsanwalts hat der Kunde die Kosten gemäß dem jeweils geltenden Rechtsanwaltsstarifgesetz, im Falle der Beauftragung eines Inkassobüros die Kosten nach Aufwand zu bezahlen, wobei diese nicht über den Höchstsätzen der jeweils geltenden Inkassogebührenverordnung liegen dürfen. Der Lieferant übernimmt für etwaige Fehler in der Verrechnung des Rechtsanwalts bzw. Inkassobüros keine Haftung.
- 8.5. Unter den in Absatz 4 genannten Voraussetzungen hat der Kunde auch die Mehrkosten für Aufwendungen abzugelten, die dem Lieferanten entstehen durch eine vom Kunden verschuldete nicht korrekte Inanspruchnahme von Zahlscheinen und Überweisungsaufträgen im Zuge des elektronischen Bankverkehrs sowie bei einer vom Kunden verschuldeten Rückbuchung bei Bankeinzugermächtigungen.
- 8.6. Die jeweilige Höhe der in Absatz 4 und 5 angeführten Entgelte ergibt sich aus dem jeweils mit dem Kunden vereinbarten Produkt- und Preisblatt des Lieferanten; abrufbar auf www.pullgas.at.

9. Vorauszahlung, Sicherheitsleistung

- 9.1. Der Lieferant kann vom Kunden für den Lieferumfang eine Vorauszahlung bzw. die Leistung einer Sicherheit (Barkaution, Hinterlegung von Sparbüchern, Bankgarantie) verlangen, wenn nach dem Umständen des Einzelfalls zu erwarten ist, dass der Kunde seinen Zahlungspflichten nicht oder nicht fristgerecht nachkommt. Es ist dann zu erwarten, dass der Kunde seiner Zahlungsvorausverpflichtung nicht oder nicht zeitgerecht nachkommt, wenn ein Mahnverfahren gemäß § 127 Abs 3 GWG 2011 gegen ihn eingeleitet wurde oder bereits anhängig ist, oder wenn über den Kunden das Schuldenregulierungsverfahren eröffnet wurde, oder der Kunde insolvent ist. Die Aufforderung zur Vorauszahlung hat schriftlich zu erfolgen und ist zu begründen. Ein Kunde ohne Lastprofilzähler hat das Recht, anstelle der geforderten Sicherheitsleistung oder Vorauszahlung, den Einbau eines Zählgerätes mit Prepaymentfunktion zu verlangen. Der Lieferant wird in diesem Falle die für die Einrichtung der Prepaymentzahlung notwendigen Informationen dem jeweiligen Netzbetreiber zeitgerecht übermitteln.
- 9.2. Die Vorauszahlung ist in Höhe von bis zu drei Teilzahlungen des vorangegangenen Abrechnungszeitraums zu leisten oder – wenn ein solcher nicht vorliegt – in Höhe der nach Punkt 7. 2. bemessenen Teilzahlungen.
- 9.3. Nach einmaliger Mahnung unter nutzlosem Verstreichen einer Nachfrist kann sich der Lieferant aus der Sicherheit nach den gesetzlichen Verwertungsvorschriften schadlos halten.
- 9.4. Barsicherheiten werden zum Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank verzinst, wobei für den Fall eines negativen Basiszinssatzes keine negative Verzinsung der Barsicherheit erfolgt.
- 9.5. Der Kunde hat auf Verlangen die Sicherheit auf die ursprüngliche Höhe zu ergänzen. Die Sicherheit wird dem Kunden nach Wegfall der Voraussetzung gem. Punkt 9.1. zurückgegeben. Zudem erfolgt die Rückgabe der Sicherheit auf Wunsch des Kunden, wenn der Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen ein Jahr lang regelmäßig nachkommt bzw. bei Beendigung des Vertrages und Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen.

10. Verwendung von Erdgas

Das Erdgas wird dem Kunden für die im Vertrag angeführte Anlage und nur für seine eigenen Zwecke zur Verfügung gestellt. Die Belieferung von Dritten ist nur nach vorheriger Zustimmung des Lieferanten gestattet.

11. Vertragsdauer, Kündigung, Vertragseintritt, Rechtsnachfolge

- 11.1. Sofern vertraglich nicht anders vereinbart, wird der Liefervertrag auf unbestimmte Zeit abgeschlossen.
- 11.2. Der Liefervertrag kann von Verbrauchern im Sinne des § 1 Abs 1 Z 2 KSchG und Kleinunternehmen im Sinn von § 7 Abs 1 Z 28 GWG 2011 gegenüber dem Lieferanten unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen, ohne einen gesonderten Kündigungstermin einhalten zu müssen, per Brief, Telefax, E-Mail oder auf elektronischem Wege im Sinne von § 123 Abs 3 GWG 2011 gekündigt werden. Der Lieferant kann den Liefervertrag unter Einhaltung einer Frist von acht Wochen kündigen. Sind Bindungsfristen vertraglich vereinbart, so ist die ordentliche Kündigung in der angeführten Form zum Ende des ersten Vertragsjahres und in weiterer Folge täglich, jeweils unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwei Wochen für den Kunden bzw. acht Wochen für den Lieferanten, möglich.
- 11.3. Sollten zum Zeitpunkt der Vertragsbeendigung die Voraussetzungen für einen Lieferantenwechsel nicht gegeben sein und der Kunde weiterhin Erdgas vom Lieferanten beziehen wollen, ist ein neues Vertragsverhältnis mit dem Lieferanten zu den geltenden Allgemeinen Bedingungen und Preisen abzuschließen.
- 11.4. Der Lieferant ist jederzeit – auch vor Abschluss des Vertrages – berechtigt, Bonitätsprüfungen des Kunden durchzuführen.
- 11.5. Wird der Gebrauch von Erdgas ohne ordnungsgemäße Kündigung eingestellt, so bleibt der Kunde für die Erfüllung sämtlicher vertraglicher Verpflichtungen dem Lieferanten gegenüber haftbar.
- 11.6. Der Kunde ist nach vorheriger Zustimmung des Lieferanten berechtigt, die Rechte und Pflichten aus dem Liefervertrag auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen. Der übertragende Kunde wird von den im Liefervertrag übernommenen Pflichten erst frei, wenn der nachfolgende Kunde in die Verpflichtungen dem Lieferanten gegenüber rechtsverbindlich eingetreten ist.
- 11.7. Der Lieferant ist berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertragsverhältnis auf „Konzernunternehmen“, die direkt oder indirekt verbundene Unternehmen gem. § 189a Z 8 UGB sind, ohne gesonderte Zustimmung des Kunden zu übertragen. Eine wie auch immer geartete Rechtsnachfolge auf Seite des Lieferanten bzw. auf Seite des Kunden hat keine Änderung des bestehenden Energieliefervertrages zur Folge. Dieser bleibt voll inhaltlich aufrecht.
- 11.8. Der Kunde ist berechtigt, den Vertrag mit sofortiger Wirkung zu kündigen, wenn eine Behörde aus Gründen der chemischen Zusammensetzung des Erdgases die Verwendung desselben untersagt. Dies gilt auch dann, wenn Änderungen des Druckes oder



Heizwertes eine Verwendung des Erdgases für den Kunden unmöglich oder eine wesentliche Änderung seiner Anlage erforderlich machen würde.

12. Änderung der Allgemeinen Lieferbedingungen

- 12.1. Der Lieferant ist zur Änderungen der Allgemeinen Lieferbedingungen berechtigt.
- 12.2. Eine Änderung der Punkte 1. (Gegenstand), 5. (Grundversorgung) und 14. (Einstellung der Belieferung, Vertragsauflösung) der Allgemeinen Lieferbedingungen, die inhaltlich maßgeblich die Leistungen von des Lieferanten umgestalten, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Kunden oder darf nur aufgrund entsprechender gesetzlicher oder behördlicher Vorgaben vorgenommen werden. Dies gilt auch für neue Bestimmungen, die die Leistungen des Lieferanten abändern. Änderungen der vertraglich vereinbarten Entgelte erfolgen unter Einhaltung von Punkt 4. der Allgemeinen Lieferbedingungen.
- 12.3. Vorbehaltlich Punkt 12.2. werden Änderungen der Allgemeinen Lieferbedingungen dem Kunden zu diesem Zweck rechtzeitig durch ein individuell adressiertes Schreiben mitgeteilt. In diesem Schreiben werden dem Kunden die Änderungen der Allgemeinen Lieferbedingungen nachvollziehbar wiedergegeben. Sofern eine gültige Zustimmung des Kunden zur elektronischen Kommunikation mit dem Lieferanten vorliegt, kann diese Mitteilung auch per E-Mail an die zuletzt bekannt gegebene E-Mail-Adresse des Kunden erfolgen.
- 12.4. Sollte der Kunde innerhalb von vier Wochen ab Verständigung des Lieferanten kostenlos und ungeachtet allfälliger vertraglicher Bindungen die Kündigung des Vertrages erklären, so endet der Vertrag an dem einer Frist von drei Monaten ab Zugang der Kündigung folgenden Monatsletzten, sofern der Kunde nicht zu einem früheren Zeitpunkt einen neuen Lieferanten namhaft macht und von diesem beliefert wird.
- 12.5. Kündigt der Kunde innerhalb dieser Frist nicht, so erlangen die neuen Allgemeinen Lieferbedingungen Wirksamkeit. Der Zeitpunkt der Wirksamkeit wird in der Verständigung bekanntgegeben und darf nicht vor dem Zeitpunkt des Einlangens der Verständigung liegen. Der Lieferant wird den Kunden bei Übermittlung der Änderungen der Allgemeinen Lieferbedingungen auf die außerordentliche Kündigungsmöglichkeit und darauf hinweisen, dass das Nichterheben einer Kündigung durch den Kunden bis zum Ablauf der Kündigungsfrist als Zustimmung zur Änderung der Allgemeinen Lieferbedingungen gilt. Der Kunde und der Lieferant sind jedoch auch für den Fall eines Widerspruchs weiterhin verpflichtet, sämtliche bis zur Beendigung des Vertrags entstehende Verpflichtungen in der bis dahin vereinbarten Form zu erfüllen.

13. Rücktrittsrecht

- 13.1. Konsumenten im Sinne des KSchG können von im Fernabsatz oder außerhalb von Geschäftsräumen des Lieferanten geschlossenen Verträgen (Fern- und Auswärtsgeschäfte) binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen zurücktreten. Dies gilt auch, wenn ein solcher Kunde die Vertragserklärung weder in den vom Lieferanten für seine geschäftliche Zwecke dauernd genutzten Räumen noch bei einem vom Lieferanten dafür benützten Stand auf einer Messe abgegeben hat. Die Rücktrittsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag des Vertragsabschlusses. Wurde dem Kunden keine Vertragsurkunde ausgefolgt oder ist der Lieferant seinen Informationspflichten nicht nachgekommen, so verlängert sich die Rücktrittsfrist um zwölf Monate. Die Rücktrittserklärung ist an keine bestimmte Form gebunden. Um sein Rücktrittsrecht auszuüben, muss ein Kunde den Lieferanten mittels einer eindeutigen Erklärung (z. B. ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder E-Mail) über seinen Entschluss, vom Vertrag zurückzutreten, informieren. Dafür kann er das vom Lieferanten bereitgestellte Muster-Widerrufsformular oder eine andere eindeutige Erklärung auch auf der Webseite www.pullgas.at elektronisch ausfüllen und übermitteln. Macht der Kunde von dieser Möglichkeit Gebrauch, so wird der Lieferant unverzüglich (z. B. per E-Mail) eine Bestätigung über den Eingang eines solchen Rücktritts übermitteln. Zur Wahrung der Rücktrittsfrist reicht es aus, dass der Kunde die Mitteilung über die Ausübung des Rücktrittsrechts vor Ablauf der Rücktrittsfrist absendet.
- 13.2. Wünscht der Verbraucher, dass der Lieferant vor Ablauf der 14-tägigen Rücktrittsfrist gemäß § 11 FAGG mit der Vertragserfüllung beginnt, so muss der Verbraucher ein ausdrücklich auf diese vorzeitige Vertragserfüllung gerichtetes Verlangen erklären (§ 10 FAGG).
- 13.3. Wenn ein Kunde gemäß Punkt 13.1. vom Vertrag zurücktritt, hat der Lieferant alle Zahlungen, die er vom Kunden erhalten hat, unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über den Rücktritt beim Lieferanten eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwendet der Lieferant dasselbe Zahlungsmittel, das der Kunde bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt hat, es sei denn, es wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden dem Kunden wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet. Hat der Kunde verlangt, dass die Lieferung von Gas während der Widerrufsfrist beginnen soll, so hat dieser einen angemessenen Betrag zu zahlen, der dem Anteil der bis zu dem Zeitpunkt, zu dem er den Lieferanten vom Vertragsrücktritt unterrichtet, bereits erbrachten Dienstleistungen im Vergleich zum Gesamtumfang der im Vertrag vorgesehenen Dienstleistungen entspricht.

14. Einstellung der Belieferung, Vertragsauflösung

- 14.1. Wird über das Vermögen des Kunden ein Insolvenzverfahren eröffnet, ist der Lieferant berechtigt, beim zuständigen Insolvenzgericht die Setzung einer Frist zur Erklärung des Insolvenzverwalters über die Fortsetzung des Vertrages zu beantragen und die weitere Lieferung mit Erdgas von dessen Erklärung abhängig zu machen. Der Lieferant ist in diesem Fall auch berechtigt, die Lieferung mit Erdgas bis zur Bestellung einer leicht verwertbaren Sicherheit, deren Wert der Höhe der voraussichtlichen Forderungen des Lieferanten entsprechen muss, zu unterbrechen. Ansonsten ist der Lieferant berechtigt, die Belieferung mit Erdgas sofort einzustellen, wenn ein Insolvenzverfahren mangels kostendeckenden Vermögens nicht eröffnet wird (Abweisung mangels kostendeckenden Vermögens gemäß § 71b Insolvenzordnung), oder, wenn der Kunde den Bestimmungen der Allgemeinen Lieferbedingungen oder sonstigen vertraglichen Verpflichtungen zuwiderhandelt und nicht bloß eine geringfügige und alsbald bereinigte Zuwiderhandlung vorliegt. Als Zuwiderhandlungen, die eine sofortige Aussetzung der Vertragsabwicklung rechtfertigen, gelten:
 - a) die unbefugte Entnahme oder Verwendung von Erdgas;
 - b) das Anbringen einer Vorrichtung in der Anschlussanlage bzw. Messanlage, die geeignet ist, Erdgas widerrechtlich aus dem Netz des Netzbetreibers zu entziehen;
 - c) die Nichterfüllung fälliger Zahlungsverpflichtungen oder die Verweigerung geforderter Sicherheitsleistungen trotz erfolgtem qualifizierten Mahnprozess (Mahnung mit Frist von 2 Wochen, eine weitere mit eingeschriebenem Brief erfolgende Mahnung mit Frist von 2 Wochen inklusive der Androhung der Vertragsbeendigung und des Hinweises, über die Höhe des vom Kunden dem Netzbetreiber für die Abschaltung und Wiederherstellung des Netzzugangs zu entrichtende Entgelt gemäß § 78 iVm § 127 Abs. 3 GWG 2011);
- 14.2. Die Wiederaufnahme der vom Lieferanten gemäß Punkt 14.1. unterbrochenen Belieferung erfolgt nur nach völliger Beseitigung der Hindernisse und Störungen und nach Bezahlung der dem Lieferanten hierfür zustehenden Schadenersatzforderungen sowie der entstandenen Kosten für die Einstellung und Wiederaufnahme der Lieferung.



15. Beschwerdemöglichkeiten/Streitbeilegung

- 15.1. Der Kunde kann allfällige Beschwerden an die Servicestelle von Pullgas unter postbox@pullgas.at richten.
- 15.2. Sofern der Kunde mit der Qualität einer Dienstleistung des Lieferanten nicht zufrieden ist, oder eine Beschwerde gegen eine Rechnung einbringen will, kann er einen Streitschlichtungsantrag an die Schlichtungsstelle der E-Control Austria richten. Nähere Informationen dazu finden sich unter www.e-control.at.

16. Vertragsdurchführung/Online-Vertragsabwicklung/Kommunikation

- 16.1. Die für die Online-Kommunikation notwendige Hard- und Software hat der Kunde bereitzustellen. Die vom Kunden bereitgestellte Internetverbindung muss eine standardmäßige Verschlüsselung unterstützen. Dem Kunden wird empfohlen, geeignete Software gegen Viren zu installieren und jeweils aktuell zu halten. Die Entgelte für die Internetverbindung einschließlich Telefongebühren und etwaige sonstige Entgelte für Provider werden vom Kunden getragen.
- 16.2. Der Kunde verpflichtet sich, eine gültige, regelmäßig genutzte und erreichbare E-Mail-Adresse zur Verfügung zu stellen und den Lieferanten bei Änderungen unverzüglich zu informieren. Änderungen der vertragsrelevanten Kontaktdaten (z.B. Anschrift, E-Mail-Adresse, Bankverbindungen) erfolgen ausschließlich über den Online-Service des Lieferanten (www.pullgas.at) und/oder per E-Mail. Bei z.B. längerem Serverausfall oder länger andauernden technischen Problemen können ausnahmsweise auch andere Kommunikationswege genutzt werden.
- 16.3. Der Kunde erklärt sich ausdrücklich damit einverstanden, über die von ihm zuletzt bekannt gegebene E-Mail-Adresse die vertragswesentlichen Informationen und Unterlagen, insbesondere Rechnungen und die Mitteilung von AGB- und Preisänderungen nach Punkt 4. bzw. 12. zu erhalten.
- 16.4. Der Kunde kann seine Zustimmung zur Übermittlung von elektronischen Rechnungen widerrufen und ohne zusätzliche Kosten eine Rechnungslegung in Papierform verlangen.

17. Sonstige Bestimmungen, Datenschutz, Kundeninformation

- 17.1. Der Lieferant ist zur Lieferung von Erdgas an den Kunden nur unter der Voraussetzung verpflichtet, dass der Kunde netzzugangsberechtigt ist, ein rechtsgültiger Netzzugangsvertrag mit dem zuständigen Netzbetreiber besteht und für den Zählpunkt zum Zeitpunkt des Lieferbeginns kein Energieliefervertrag mit einem anderen Lieferanten besteht. Andernfalls ruhen die Verpflichtungen des Lieferanten zur Erdgaslieferung.
- 17.2. Die Grundlage für die gelieferte Erdgasqualität ergibt sich aus den Netzbedingungen des jeweils zuständigen Netzbetreibers und die darin festgelegten Qualitätsstandards. Die Qualitätssicherung des gelieferten Erdgases (Druck, Brennwert etc.) am Netzanschlusspunkt der Kundenanlage obliegt dem jeweiligen Netzbetreiber zu seinen genehmigten und veröffentlichten Netzbedingungen.
- 17.3. Für Unternehmer im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes gilt im Falle der Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen dieser Allgemeinen Lieferbedingungen bzw. des Vertrages, dass dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt wird. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine andere Regelung zu ersetzen, die der unwirksamen Bestimmung wirtschaftlich und rechtlich am nächsten kommt.
- 17.4. Sollten einzelne Teile des Vertrages oder dieser Allgemeinen Lieferbedingungen den so genannten „Marktregeln“ – das ist die Summe aller Vorschriften, Regelungen und Bestimmungen auf gesetzlicher oder vertraglicher Basis, die Marktteilnehmer im Gasmarkt einzuhalten haben, um ein geordnetes Funktionieren dieses Marktes zu ermöglichen und zu gewährleisten – widersprechen oder keine nach den Marktregeln erforderliche Regelung enthalten, so ist der Lieferant berechtigt, eine Anpassung vorzunehmen. Dabei ist die Vorgangsweise gemäß Punkt 12. einzuhalten.
- 17.5. Aufgrund der Belieferung des Kunden mit Erdgas durch den Lieferanten ist die mittelbare Zugehörigkeit des Kunden zu jener Bilanzgruppe, der der Lieferant angehört, gegeben.
- 17.6. Die Allgemeinen Lieferbedingungen sowie die jeweils gültigen Tarife sind unter www.pullgas.at im Internet veröffentlicht, und können über postbox@pullgas.at angefordert werden.
- 17.7. Der Kunde nimmt zur Kenntnis, dass die den Kunden bezüglich der Lieferung von Erdgas betreffenden Daten – Name, Anschrift, Verbrauchs, Vertrags- und Verrechnungsdaten – vom Lieferanten elektronisch für die vertragsgemäße Abwicklung verarbeitet werden.
- 17.8. Der Kunde hat den Lieferanten über Änderungen seines Namens, seiner (Rechnungs-) Anschrift, seiner E-Mail Adresse (sofern der Kunde mit dem Lieferanten die Kommunikation per E-Mail vereinbart hat) und seiner Bankverbindung schriftlich oder per E-Mail zu informieren. Sämtliche Erklärungen und Schriftstücke können vom Lieferanten rechtswirksam an die letzte vom Kunden bekannt gegebene Kontaktadresse zugestellt werden, wenn der Kunde eine Änderung dieser Daten nicht bekannt gegeben hat. Haben der Kunde und der Lieferant die Kommunikation per E-Mail vereinbart, erfolgt die gesamte Kommunikation zwischen dem Lieferanten und dem Kunden, per E-Mail. Erklärungen, welche der Lieferant oder der Kunde mit E-Mail abgeben, sind daher wirksam und verbindlich. Davon unberührt bleibt die Wirksamkeit von unterschriebenen Erklärungen.

18. Gerichtsstand

- 18.1. Für alle im Zusammenhang mit den Allgemeinen Lieferbedingungen bzw. dem Vertrag entstehenden Streitigkeiten entscheidet das am Sitz des Lieferanten sachlich zuständige Gericht, soweit die Streitigkeit nicht im Verhandlungswege oder durch ein vereinbartes Schiedsgericht bereinigt wird.
- 18.2. Die Bestimmung gemäß Punkt 18.1. bezieht sich nicht auf Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes, die zum Zeitpunkt der Klageerhebung im Inland einen Wohnsitz, den gewöhnlichen Aufenthalt oder den Ort der Beschäftigung haben.
- 18.3. Auf die Allgemeinen Lieferbedingungen und die gesamte Rechtsbeziehung zwischen dem Kunden und dem Lieferanten ist ausschließlich materielles österreichisches Recht, unter Ausschluss des UN-Kaufrechts und der nicht zwingenden Verweisungsnormen des Internationalen Privatrechts, anzuwenden.

Klagenfurt, 1. März 2023

Pull – Eine Marke der Stadtwerke Klagenfurt AG
St. Veiter Straße 31
9020 Klagenfurt am Wörthersee
postbox@pull.at

Eine Marke der Stadtwerke Klagenfurt AG

St. Veiter Straße 31, 9020 Klagenfurt am Wörthersee, **Telefon** +43 463 521 9400, **Mail** postbox@pull.at

Bankverbindung IBAN: AT13 1700 0001 9808 7254, BIC: BFKKAT2K

